

Auf der Suche nach dem Ausfall

BILDUNG Julia Klöckner und Bettina Dickes wollen etwas über mangelnde Unterrichtsversorgung hören, aber nicht alle Schulleiter klagen

Vom 26.08.2011

Von Robert Neuber

BAD KREUZNACH. Es ist verwirrend: Die rheinland-pfälzische CDU sammelt auf ihrer eigens dafür eingerichteten Internetseite Meldungen zum Thema Unterrichtsausfall und erfährt dort die haarsträubendsten Geschichten über die Ausfallerscheinungen des Bildungssystems. Aber wenn die Landesvorsitzende Julia Klöckner und die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Bettina Dickes, zu einer Diskussion darüber einladen wie nun in der Galerie 60, ergibt sich ein diffuses Bild: Manche Schulen hatten und haben gar keine Probleme mit der Versorgung von Lehrern und Vertretungslehrern, auf der anderen Seite wird beispielsweise davon berichtet, dass es in der neunten Klasse eines Kreuznacher Gymnasiums überhaupt keinen Unterricht in den Fächern Musik und Bildende Kunst gebe, und eine Stunde weniger Mathematik pro Woche obendrein. Oder ein anderes Gymnasium, das seine Tochter vier Mal in den ersten zwei Wochen früher nach Hause geschickt habe, wie ein Vater berichtete.

Die Landesregierung, so Klöckner und Dickes, gäbe nur selektierte Daten zur Unterrichtsversorgung heraus, und die seien natürlich beschönigend. Deswegen sammele die CDU nun auf eigene Faust Erfahrungsberichte von Eltern und Lehrern sowie Schulleitern.

Ministerium widerspricht Klöckners Datenvorwurf

Dem widerspricht allerdings das Bildungsministerium in einer Stellungnahme: "Kein Bundesland veröffentlicht mehr Daten zur Unterrichtsversorgung, und im Gegensatz zu anderen Bundesländern basieren die rheinland-pfälzischen Daten nicht nur auf den Pflichtstunden nach den Stundentafeln, sondern berücksichtigen auch zusätzliche Förder- und Differenzierungsangebote, die die Schulen anbieten wollen."

Kritik wird auf der CDU-Veranstaltung allerdings nicht nur am Unterrichtsausfall geübt, sondern auch am professionellen Umgang mit Lehrkräften. Durch die Befristung von Verträgen und eine zu späte Benachrichtigung von sich bewerbenden Lehrern komme es zu einer Abwanderungswelle nach Hessen und Baden-Württemberg. Dazu das Ministerium: "Vertretungsverträge im Angestelltenverhältnis sind zeitlich befristet auf den Zeitraum, in dem voraussichtlich ein Vertretungsgrund vorliegt. Vor den Sommerferien sind tatsächlich Vertretungsverträge ausgelaufen, weil zum neuen Schuljahr der Vertretungsgrund entfallen sollte. Verträge, bei denen dies zum Zeitpunkt des Abschlusses nicht eindeutig klar ist, haben in Rheinland-Pfalz eine Laufzeit bis Mitte September, also weit in das neue Schuljahr hinein."

Eine Pädagogin aus Bad Münster berichtete in der CDU-Veranstaltung, es gebe derzeit auch einen Mangel an Hauptfachlehrern. Erdkunde- oder Sportlehrer gebe es zuhauf, aber bei Mathematik oder auch Physik herrsche Fehlanzeige. Eine Pädagogin vom Lina-Hilger-Gymnasium erzählt: "Wir hatten einen Kollegen für Mathematik und Religion mit einem sehr guten Abschluss, der ist nach Hessen gegangen. Dafür gibt es dann eine Vertretung, die kein zweites Staatsexamen und somit keine pädagogische Ausbildung hat. Die unterrichtet jetzt Mathematik."

Verbeamtung auch über 50 lockt nach Hessen

Gründe für die Abwanderungen wurden von anwesenden Pädagogen genannt: In Hessen ist eine Verbeamtung auch über 50 Jahre möglich, zudem habe es in Rheinland-Pfalz in der jüngsten Zeit immer wieder Nullrunden für die Lehrer gegeben, so dass mittlerweile im Vergleich zu den Hessen eine Gehaltsschere von sieben bis acht Prozent aufgegangen sei. In Baden-Württemberg, so ein weiterer Einwurf, seien die Bewerber schon zwölf Wochen vor Schulbeginn über ihre Einstellung unterrichtet worden.

Ein Vater hatte für die Zustände auf dem Lehrermarkt überhaupt kein Verständnis: Im Personalwesen der freien Wirtschaft sei es Usus, auf 100 Prozent noch 25 Prozent "Workload" zu rechnen. Nur so ließen sich die angestrebten 100 Prozent erreichen. "Die Rahmendaten im Schulsystem sind doch relativ klar", sagte er im Hinblick auf die bekannte Schülerzahlentwicklung und fragte sich, wie es da zu einer Unterversorgung kommen könne. Dass dafür der zu erwartende Rückgang der Schülerzahlen ein Grund sein könnte, das wollen Klöckner und Dickes nicht gelten lassen. Wer Bildung ganz oben auf die Prioritätenliste setze, der dürfe eben nicht an Unterricht und Lehrern sparen.